

6. März 2019

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Das Katzenelend in der Schweiz ist gross. Aus diesem Grund haben Sie die Motion von Doris Fiala und/oder die Petition von NetAP und TIR für eine Kastrationspflicht für Freigänger-Katzen unterstützt. Insgesamt haben bisher bereits 59 Parlamentarier diese Forderung gutgeheissen, vier Mitglieder des Ständerates und 55 Mitglieder des Nationalrates. Vielen Dank dafür!

Zwischenzeitlich hat der Bundesrat seine Entscheidung dazu getroffen, weshalb wir nun nochmals Ihre Unterstützung benötigen, um weitere Mitglieder der Räte zu überzeugen und eine Mehrheit zu erreichen.

Für uns, die wir täglich an der Front und laufend mit den Auswirkungen des Katzenelendes konfrontiert sind, gleicht unsere Arbeit einem Kampf gegen Windmühlen. Katzen sind sehr fruchtbar und aus einem unkastrierten Katzenpaar könnten in 10 Jahren 80 Millionen (!) Nachkommen entstehen. Dass die effektive Zahl wesentlich tiefer ist, ist einzig der hohen Sterblichkeit der Jungtiere geschuldet, die entweder elendiglich an Krankheiten und Hunger eingehen oder durch die Menschen aktiv getötet werden, allzu oft noch immer mit sehr barbarischen Methoden. Mit der Kastrationspflicht bietet sich eine andere Regulierungsmöglichkeit!

Zugegeben, es gibt vielleicht grössere Probleme auf dieser Welt als das Katzenleid in der Schweiz. Aber es geht nicht um einen Vergleich von Problemen, denn lösen müssen wir alle. Und wie können wir grössere Probleme, deren Lösung weit komplexer ist, sinnvoll bewältigen, wenn unsere Politiker nicht einmal bereit sind, ein Problem zu lösen, das in einer kleinen Konkretisierung der bestehenden Verordnung liegt? Es geht hier um die Ergänzung von Art. 25 Abs. 4 TSchV mit einer Kastrationspflicht für Freigänger-Katzen.

Der Bundesrat und das BLV empfiehlt Ihnen die Ablehnung dieser Konkretisierung. **Im Ergebnis empfiehlt er Ihnen, nichts zu tun und stattdessen weiter Tierleid zu akzeptieren – Dies, obwohl eine einfach umsetzbare Lösung zur Verfügung steht, die nachhaltig ist, den Staat nichts kosten würde und bereits im Ausland seit Jahren erfolgreich erprobt wurde.** Denn es wurde zwar klar anerkannt, dass wir in der Schweiz ein Katzenelend haben, jedoch will man es - wie es scheint - nicht und schon gar nicht nachhaltig lösen.

Damit Sie für die Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen und vor allem bei der Abstimmung zu dieser Vorlage vorbereitet sind, haben wir Ihnen folgend die Argumente zusammengestellt, mit denen wir die ablehnende Haltung des Bundesrates widerlegen:

Der Bundesrat argumentiert wie folgt:

1. „Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) sensibilisiert die Öffentlichkeit für dieses Thema und informiert die Tierhalterinnen und -halter. Auf seiner Website stellt es detaillierte Informationen über die Massnahmen bereit, welche eine übermässige Vermehrung von Katzen verhindern. Es gibt auch Auskunft über die Haltung

unkastrierter Katzen und die entsprechenden Konsequenzen. Darüber hinaus hat sich das BLV verschiedenen Organisationen angeschlossen für die Kampagne "Luna & Filou", die im Oktober 2018 lanciert wurde. Sie verfolgt den Zweck, alle Katzenhalterinnen und -halter über die Vorteile einer Kastration und einer dauerhaften Kennzeichnung durch einen elektronischen Chip zu informieren."

Bereits seit vielen Jahren bemühen sich zahlreiche Tierschutzorganisationen um Aufklärung und Sensibilisierung. Gebracht hat es wenig und das Katzenelend ist nach wie vor gross. Eine weitere Kampagne, deren Herzstück eine App für entlaufene Katzen ist und deren Broschüren bei Tierärzten und in Futterfachgeschäften aufliegen, ändert am Katzenelend deshalb wenig bis gar nichts. Die **Aufklärung hat nichts gebracht**. Überdies informieren sich speziell jene Personen, die sich bisher bewusst der Kastration verweigert haben, ohnehin nicht, und zwar weder auf irgendwelchen Webseiten, noch gehen sie mit ihren Tieren zum Tierarzt, noch kaufen sie Katzenfutter in einem Fachgeschäft.

Über 150 Tierschutzorganisationen stehen hinter der Kastrationspflicht. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, weshalb man bei der Ausarbeitung der Kampagne "Luna & Filou" bewusst keine Organisation einbezogen hat, deren Mitarbeiter laufend und direkt **an der Front** mit dem Katzenelend konfrontiert werden.

2. *„Nach aktuellen Schätzungen sterilisiert oder kastriert ein grosser Teil der Halterinnen und Halter ihre Katzen bereits. In Einzelfällen haben die kantonalen Vollzugsbehörden die Möglichkeit, die Kastration von Tieren anzuordnen, wenn ihre Halterinnen und Halter nicht in der Lage sind, die Fortpflanzung ihrer Katzen zu kontrollieren. Eine Verpflichtung auf Bundesebene zur Kastration aller Hauskatzen wäre unverhältnismässig und würde die Situation der streunenden Katzen nicht unbedingt verbessern, da diese Tiere gar keine Besitzerinnen und Besitzer haben.“*

Nebst der Tatsache, dass in der Schweiz keine Katzen sterilisiert, sondern ausschliesslich kastriert werden, unterlässt es der Bundesrat, eine Quelle für seine „aktuelle Schätzung“ anzugeben. Zudem missachtet er die Tatsache, dass alle herrenlosen und verwilderten Katzen ihren Ursprung bei unkastrierten Katzen mit Haltern haben. Wären also die Freigänger-Katzen mit Haltern kastriert, könnten sie sich nicht mehr mit herrenlosen Tieren paaren und so ständig für weiteren Nachwuchs sorgen. **Mit der Kastrationspflicht wird somit am Ursprung des Problems angesetzt.** Dieser kleine medizinische Eingriff schränkt den Tierhalter nicht ein und stellt aus medizinischer Sicht für das Tier sogar einen Segen dar.

3. *„Würde sich die öffentliche Hand um die Kastration der streunenden Katzen kümmern, wäre dies für die zuständigen Kantone und auch für die Gemeinden mit einem erheblichen Aufwand verbunden.“*

Der Bundesrat bestätigt, dass es ein erhebliches Katzenleid in der Schweiz gibt. Weil er aber den angeblichen Aufwand scheut, will er von der Konkretisierung der TSchV absehen. Er erkennt dabei, dass bei der vorliegenden Forderung nicht die Kantone oder Gemeinden in die Pflicht genommen werden würden, sondern die Tierhalter. Diese müssten für die Kastrationskosten ihrer eigenen Tiere aufkommen. **Mit dieser Massnahme würden also keine Kosten auf den Staat zukommen.** Abgesehen davon ist das Argument, dass es mit einem erheblichen Aufwand verbunden wäre, sich den verwilderten Katzen anzunehmen, nicht in Ordnung, weil man damit im Ergebnis die Erfüllung einer **Bundspflicht (Tierschutz)** den wenigen Tierschutzorganisationen überträgt.

4. *„Angesichts der föderalen Aufgabenteilung ist der Bundesrat der Ansicht, dass die Entscheidung, Kastrationskampagnen durchzuführen, in der Kompetenz der Kantone liegt. Bereits heute organisieren Kantone und Gemeinden gezielte Kastrationsprogramme für*

streunende Katzen, teilweise in Zusammenarbeit mit Tierschutzorganisationen. Solche Aktionen finden im Allgemeinen aufgrund von Beschwerden der Anwohnerschaft über eine zu hohe Katzendichte in einem Quartier statt.“

Der Bundesrat erkennt, dass das **Tierschutzgesetz** und die dazugehörige Verordnung ein **Bundesgesetz** ist und aus diesem Grund auch **dessen Konkretisierung Aufgabe des Bundes** ist. Dass allenfalls für herrenlose Katzen spezielle Aktionen durchgeführt werden können, hat nichts mit der Forderung nach einer Kastrationspflicht für Freigänger-Katzen zu tun.

Mit einer kleinen **Konkretisierung der Tierschutzverordnung** würde sich so **viel Leid einfach, schnell, präventiv und erst noch für den Staat kostenlos verhindern lassen**. Kommt diese Konkretisierung nicht zu Stande werden weiterhin etwa **100'000 Katzenbabys jährlich getötet**, weil sie unerwünscht zur Welt kommen. Töten statt zu kastrieren ist leider nach wie vor eine häufig praktizierte Methode der Populationskontrolle. Die Täter werden kaum je zu Rechenschaft gezogen, denn es geschieht nicht in der Öffentlichkeit. Aber es geschieht. Viel zu häufig. Und mindestens nochmals so viele Tiere sterben an Vernachlässigung durch ihre Tierhalter.

Es gibt übrigens genügend **Erfahrungswerte aus anderen Ländern**, dass die Kastrationspflicht auch **ohne staatliche Kontrolle funktioniert**. Denn trotz der Ignoranz und Gleichgültigkeit, wie wir sie bei diesem Thema leider viel zu oft erleben: **Die meisten Schweizer halten sich an ein Gesetz. In diesem Sinne wäre es für den Staat ohne Kostenfolge und überdies für die Katzen und den Tierschutz ein riesiger Schritt in die richtige Richtung.**

Bitte setzen Sie sich deshalb nochmals deutlich für die Kastrationspflicht ein, wenn sie im Rat zur Abstimmung kommt. Und damit für eine Schweiz ohne Katzenelend. Damit wir unsere eigenen Probleme wirklich, schnell und nachhaltig lösen.
Setzen Sie ein Zeichen für die Tiere!

Für Fragen stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung. Auch sind wir jederzeit bereit, vor einem politischen Gremium die Situation in der Schweiz zu erörtern.

Freundliche Grüsse

Lic. iur. Esther Geisser
Präsidentin und Gründerin

NetAP – Network for Animal Protection
Vogelsangstrasse 32
CH – 8133 Esslingen
Schweiz
+ 41 (0) 44 202 68 68

www.netap.ch
www.facebook.com/netap.ch